

Diezener Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Bahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Amtlichen Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Nr. 22

Diez, Samstag den 26. Januar 1918

24. Jahrgang

Zum 27. Januar.

Keines Deutschen Ruhe und Glaube an die Menschheit ist im Weltkrieg so auf die Probe, auf eine so harte Probe gestellt worden, wie die des deutschen Kaisers. Auch im letzten Jahre wieder. Vor seinem letzten Geburtstag hatte der Monarch sein Friedensangebot gemacht, das verkannt und abgewiesen wurde. Und damit nicht genug folgten auch noch kleinliche persönliche Angriffe gegen den Herrscher, an denen sich zu beteiligen sogar Präsident Wilson in Nordamerika nicht für unter seiner Würde hielt. Es gehört das ganze starke Verantwortungsgefühl des Kaisers vor Gott und der Welt dazu, um diese Verächtlichkeiten und Schmähungen mit vornehmer Gelassenheit abzutun, und das tiefe, edle Rechtsempfinden, um die unerschütterliche Kraft für die Wahrnehmung aller deutscher Volksinteressen zu behalten. So große und so starke Paladine dem Oberhaupt des Reiches im Weltkrieg zur Seite stehen, die letzte und höchste Entscheidung steht in allen Dingen bei dem Kaiserlichen Herrn. Und wie er sich sorgt und müht, das ist dem deutschen Volke gerade in diesem letzten Jahre klar geworden. Wenn die Wogen der inneren Meinungsverschiedenheiten hochgingen, dann folgte immer wieder der Aufblick zum Kaiser. Da stand die Entscheidung, und das Wohl der Nation und die Staatsklugheit haben sie in jedem Falle stützt.

Kaiser Wilhelm wird diesen Sonntag 59 Jahre alt, und bei ihm haben die Kriegsjahre doppelt gezählt. Aber aus seinen Augen strahlt väterliche Güte und Kameradschaftliche Teilnahme für unsere Soldaten stärker denn je, der machtvolle Fürst hat sein Herz weit aufgetan, für alle die Leiden des Krieges, die auch dem siegreichen Volke nicht erspart bleiben. Und mit tiefer Nahrung hat er für den Kummer jedes Einzelnen ein tröstendes Wort gehabt. Der Kaiser hat nicht bloß über den deutschen Sieg gebaltet, sondern mit treuem Auge auch über der deutschen Bürde. Dank ihm wird Deutschland auf diesen Krieg nur mit dem ruhenden Stolz zurückblicken können, daß unsere Ehre in diesem furchtbaren Ringen niemals befleckt worden ist. Er ist immer des alten Schwertspruchs gedacht: „Bieh nie das Schwert ohne Recht und stecke es nicht ein ohne Ehre!“

Den Tagen sorgenvoller Erwägungen im letzten Lebensjahre des Kaisers haben sich solche von der größten Siegessehnsucht angelehnt. Die Vernichtungsschläge, welche die Entente 1917 zu führen gedachte, sind von dem deutschen Schwert aufgefangen, und was uns galt, ist doppelt und vielfach zurückgegeben worden. Der Dant des obersten Kriegsherrn an seine Soldaten kam aus vollem Herzenswunde. Und diese heldenhafte Tapferkeit und Ausdauer vor dem Kaiser zum bevorstehenden Geburtstag die höchste Friedensausicht im Osten sichert, die sich im neuen Lebensjahre hoffentlich zur Vollendung durchziehen wird.

Wenn wir die Dinge nehmen, wie sie wirklich gewesen sind, so stand der Weltkrieg schon lange vor der Tür. Die Unvermeidlichkeit des deutschen Kaisers hat ihn uns fernge-

halten so lange, als es möglich war. Daß es dem Kaiser beschieden sein möge, im neuen Frieden so viel wie möglich die Kriegswunden zu schließen, das ist der Geburtstagswunsch des Volkes, den es um so freudiger ausspricht, weil es weiß, daß es auch des Kaisers Herzenssehnen ist.

Die deutschen amtlichen Berichte.

Berlin, 25. Januar abends (B. B. Amtlich.)
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

GRÖßES Hauptquartier, 25. Januar (Amtl.)
Weltlicher Kriegsschauplatz.
Zwischen Poelcapelle und der Lys bei Lens und weiter östlich der Scarpe lebte die Gefechtsaktivität am Nachmittag auf. An verschiedenen Stellen der Front Erkundungsgesche.

Von den anderen Fronten nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister
Lubendorf.

Die Besprechung der Kanzlerrede.

Nach dem Reichskanzler sprach als erster Redner der Zentrumsabgeordnete Trimborn. Er begrüßte die Erklärung des Reichskanzlers in allen ihren Teilen. Zweifellos waren die letzten Reden Lloyd Georges und Wilsons im Tone milder. Unannehmbar sind die Forderungen der Wilsonschen Rede bezüglich Elsass-Lothringens. Der Regierung der belgischen Frage stehen bei lokaler Durchführung des Programms, nichts zu annektieren, unüberwindliche Schwierigkeiten nicht entgegen. Dem Staatssekretär v. Kühlmann sprechen wir aufrichtigen Dank für seine Umsicht und Geduld bei den Verhandlungen in Brüssel. Tief bedauerlich ist, daß die annexionistische Presse unseren Unterhändlern in den Rücken gefallen ist. Die Rede des Generals Hoffmann hat starke politische Wellen geschlagen. Ich nehme an, daß er im Einvernehmen mit der diplomatischen Vertretung gehandelt hat, und was den Ton anbelangt, so war es wohl am Platze, den Bolschewiki gegenüber einmal ein ernstes Wort zu sagen. Was den materiellen Inhalt der dortigen Verhandlungen anbelangt, so war ihre Voraussetzung das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Daraus ist festgehalten worden. In den besetzten Gebieten werden Landesräte ausgearbeitet, und zur selbständigen Volksvertretung übergeleitet werden. Die militärische Räumung kann durchgeführt werden, wenn die Sicherheit und gegenüber das zulaßt und die inneren Verhältnisse der fraglichen Gebiete uns das gestatten. Die Bedeutung unseres Verhältnisses zu Österreich ist in letzter Zeit immer mehr in den Vordergrund getreten. Im Auftrage meiner Fraktion kann ich erklären, daß wir die Pflege und den Aus-

bau unseres Bündnisses mit der Donaumonarchie als unsere vornehmste politische Aufgabe betrachten.

Hg. Scheidemann (Soz.) wandte sich gegen die Treibereien der alldeutschen und annexionistischen Presse. Die Erklärung der Unterhändler vom 27. Dezember 1917 in Brüssel wäre besser nicht erfolgt. Ich glaube nicht, daß sie durch den Staatssekretär v. Kühlmann oder den Grafen Czernin veranlaßt worden ist. Sie hatte die Wirkung, den Schein der Zweideutigkeit hervorzurufen. Hinzu kommt der Versuch, uns von unseren Bundesgenossen zu trennen. Die Regierung muß sich von diesen Kreisen entschieden los-sagen, und wenn die leitenden Persönlichkeiten das nicht können, sollen sie lieber gehen. General Hoffmann ist ein glänzender Soldat und auch politisch anderen voraus, in Brüssel aber ist er elend eingelegt. Seine Rede ist in Österreich Anlaß zum Streit gewesen. Das Militär sollte sich da betätigen, wo es seine Aufgabe zu erfüllen hat. Keine politisierenden Generale! Keine politische Militärherrschaft! Die Verhandlungen mit Rußland sind dadurch erschwert worden. Ein baldiger Friede kann geschehen werden nach dem Grundsatze „Keine Annexionen und keine Kontributionen“. Die Wilsonsche Rede scheint dafür ebenfalls eine Handhabe zu bieten. Man sollte also nicht sagen, daß Wilson den Frieden nicht wolle. Die 14 Punkte Wilsons geben eine Verständigungsmöglichkeit. Elsass-Lothringen ist deutsch und muß deutsch bleiben. Die Lösung der belgischen Frage wird die elsass-lothringische Frage von selber ausschalten. Die Zeit der Verhandlungen mit Amerika und England ist gekommen. Die von dort ausgestreckten Hände dürfen nicht zurückgewiesen werden. Die Bedingungen Wilsons anzunehmen, kann man niemand in Deutschland zumuten. Auf beiden Seiten muß man auf Illusionen verzichten.

Hg. Fischbeck (Fortf.): Das deutsche Volk will mit dem Treiben der Alldeutschen gegen unsere Unterhändler in Brüssel nichts gemein haben. Ohne die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker wäre eine Verhandlung mit Rußland nicht möglich gewesen. Die Angriffe der genannten Presse auf unsere Unterhändler waren nicht nur unberechtigt, sondern sogar schädlich. Zur Selbständigkeit Polens ist durch die Proklamation der beiden Kaiser der Weg bereitet worden. Jetzt kann nicht plötzlich eine andere Politik eingeleitet werden. Man kann die Polen nicht wieder an Rußland ausliefern. Die Ostvölker haben den Willen zur Selbständigkeit. Ihn zu unterstützen, insbesondere durch Ausbau der Volksvertretungen, erscheint angezeigt. Die Zurückziehung der Truppen ist nicht ohne weiteres möglich. Die Verhältnisse sind noch zu unsicher. Der Reichstag will die Regierungspolitik betr. das Selbstbestimmungsrecht der Völker und keine Zwangsannexionen unterstützen. Die Annexionisten haben mit ihrem Treiben die Oberste Heeresleitung in den politischen Streit hineingezogen. Ich kann es nicht glauben, daß, nachdem die Politik programmatisch festgestellt ist, ein Offizier sich dem widersetzt und seinen Willen einreicht, wie dies ausgesprochen worden ist. Hinter dieser Aktion haben aber militärische Kreise gestanden.

Die armen Frauenherzen.

Zeitgemäße Erzählung von E. Hohenstein.

(Nachdruck verboten.)

Kaum hatten sie jedoch die Mitte des Raumes erreicht, so raunte die Baronin ihrem Schwiegersohn und Ber-

trauten zu:
„Es geschieht noch in dieser Nacht. Ein Bote brachte mir den Bescheid. Den Kaufvertrag und die Quittung über die gezahlte Summe habe ich in Händen. Keppler hat das Geld in Empfang genommen und glaubt, seine verarmten Landsleute mit unseren Silberstücken beglücken zu können, der Tropf! Er muß daran glauben. Das Geld wird ihm abgenommen, er selbst verschwindet spurlos. Niemand wird daran zweifeln, daß er mit den Hunderttausenden das Weite gesucht hat. Die beiden Weibskinder werfen wir, sobald der Tag graut, hinaus.“

„Gut ersehen“, lobte Görden mit seiner schrillen Stimme, die selbst beim Flüstern noch laus und rauh klang. „Aber ersehen wird keiner an dieser Grabschichte zweifeln. Keppler bereits unter dem Verdacht steht, gestohlen zu haben. Ob er schuldig ist oder nicht, mag dahingestellt sein, jedenfalls dient jenes Vorkommnis dazu, den Verdacht gegen ihn zu bestärken.“

„Ja, ja, die Geschichte kommt uns gut zustatten“, sagte die Baronin, die Sache läßt sich an. Von hier aus können wir mit Fug und Recht uns täglich verständigen und berichten über die russische Grenze gelangen lassen. Kein Mensch vermutet meine russenfreundliche Gesinnung, keiner weiß, welche Fäden hier gesponnen werden. Wie leicht es doch, den Leuten ein I für ein U zu machen! Baron Leonhard ist natürlich über jeden Zweifel erhaben. Ja, ha, ha!“

„Fühle dich nicht gar zu sicher“, mahnte Görden, „die Menschen lassen sich nicht hinter das Licht führen, sie haben schärfe Augen und verstehen klar und unfehlbar zu kombinieren! Kommen sie unseren Schlichen auf die Spur, so sind wir verloren.“

„Haben sie“, spottete Baronin Leonhard, „fürchtest du denn dein Leben, noch ehe etwas unternommen wird?“

„Nun, der Gedanke, wie ein räudiger Hund niedergeschossen zu werden, anstatt mit dem schönsten süßesten Mädchen Hochzeit zu halten, ist nicht gerade angenehm, das wirst du zugeben!“

„Solche Gedanken läßt man überhaupt nicht aufkommen!“ herrschte die Baronin ihn an, „gar zu leicht werden sie bestimmend für unsere Beschlüsse!“

Ein düsterer Strahl flammte aus Görden Augen. „Hoffentlich gehst du in deinen Voraussetzungen zu weit, Mutter, sonst müßte ich an ein Mißlingen unserer Pläne glauben. Denn — ich kann die dunklen unheilvollen Ahnungen nicht von mir weisen.“

„Unfinn, spricht so ein Narr, ein Patriot?“ Wie gelächelt sah Josefa. Sie vernahm jedes Wort, litt tausend Qualen und fürchtete nur, durch eine Bewegung ihre Anwesenheit zu verraten.

Rein, die beiden durften nicht wissen, daß ihr Anschlag belauscht worden war; sie hätten die Lauscherin eingesperrt, getöbelt, mißhandelt, bis sie womöglich ohnmächtig zusammengebrochen wäre.

Josefa kannte und fürchtete den brutalen Sinn ihrer Mutter, die zu allem fähig war.

Sie sank ganz in sich zusammen. Sie atmete kaum. Dabei waren ihre Sinne fieberhaft gespannt. Sie lauschte unter höchster Anspannung ihrer Nerven hinaus.

Nach regte sich nichts. Der eifige Wind stob in schauerlichen Tönen ums Haus. Von Zeit zu Zeit brüllte eine Kuh, heulte ein Hund, sonst war alles still.

Die Frau, welche den Namen eines Deutschen trug, dessen Vaterland sie verriet, ahnte nicht, daß ihre einzige Tochter dort unter heißen Kämpfen die Hände rang in dem furchtbaren Konflikt zwischen Kindespflicht und der Liebe zu dem Manne, der hier meuchlings hingemordet werden sollte.

Josefa liebte ihre Mutter nicht, denn sie hatte nicht viel Gutes durch sie erfahren, vielmehr von klein auf unter den Raunen derselben zu leiden gehabt. Aber sie respektierte in ihr diejenige, welche ihr das Leben gegeben, ein Leben freilich, welches dem Mädchen nachgerade zur untraglichen Last geworden war.

Sie überlegte: Sollte sie Keppler warnen und das

Geheimnis ihrer Mutter preisgeben? Nein, Verrat an der eigenen Mutter durfte sie nicht verüben. Es wäre Sünde gewesen.

Ebenso wenig sollte jedoch Keppler das Opfer eines Mordanschlages werden, der ihn ganz unvorbereitet traf. Sie mußte Keppler warnen, ihn beschwören, noch in dieser Nacht das Gehöft zu verlassen.

Würde er ihr glauben, wenn sie es bei leeren Andeutungen bewenden ließ? Würde er gehen und die Fremde, welche er liebte, hier schutzlos zurücklassen? Wohl kaum.

Aber sie konnte ja mit ihm gehen, ehe es zu spät war.

Der Schmerz bohrte sich wie ein glühendes Messer in Josefas Brust. Doch ihr starker Wille siegte. Mochte er mit der Frau, welche er liebte, glücklich sein! Sie wollte ihm sein Glück nicht neiden, es ihm nicht zerstören.

Ihr Kopf war so schwer, ihre Lippen brannten. Wenn Görden doch erst gehen, ihre Mutter sich zur Ruhe legen wollte, damit sie hinauslaufen und sich stellen konnte, als komme sie von draußen herein!

Doch unerträglich langsam schlichen die Minuten! Josefa hörte nicht mehr auf das Jucheln und Raunen der beiden; sie litt bis zur Unverträglichkeit darunter, daß sie sich nicht zu rühren wagte. Die geringste Bewegung konnte sie ja verraten.

Da tönte in die lastende Stille hinein ein lauter Ruf: „Wer da? Stillgestanden, oder —“ das war Kepplers Stimme.

Ein drohender Schuß war die Antwort.

Josefa zuckte zusammen, wie vom Blitz getroffen. Ein schwacher Aufschrei entrang sich ihren fiebergelben Lippen. Sie überlegte nicht mehr. Nur der eine Gedanke, den still und heimlich Geliebten zu retten, sand Raum in ihrem Hirn.

Wie ein Pfeil war sie zur Tür hinaus, noch ehe die Zurückbleibenden recht begriffen, ehe sie die Fliehende zurückschalten konnten.

Fortsetzung folgt.

Preis der Anzeigen:

Die einseitige Kleinzeile oder deren Raum 20 Pfg. Restanzen 0 Pfg.

Ausgabestelle:

Diez, Rosenstraße 36.
Verantwortlich für die Schriftleitung:
Richard Hein, Bad Gmn.

nicht General Ludendorff. In Oesterreich muß man wissen, daß wir den Verständigungsfrieden und nicht einen Gewaltfrieden wollen. Ein wesentlicher Teil der Wilsonschen Forderungen stimmt mit dem überein, was der Reichstag verlangt hat. Von größter Wichtigkeit ist eine Verständigung über die belgische Frage. Eine elsaß-lothringische Frage gibt es für uns nicht. Daß deutsche Gebiete an Polen kommen sollen, davon kann ebenso wenig die Rede sein. Hinsichtlich unserer Stellung zu Oesterreich stimme ich dem zu, was der Reichskanzler gesagt hat. Wenn Lloyd George oder Wilson von der Selbstbestimmung der Völker sprechen, so muß auch von den Völkern gesprochen werden, die England unterworfen hat, von Irland, Ägypten usw. Die Unversiehrtheit unseres Gebietes muß unter allen Umständen garantiert werden. Sobald Wilson das erklärt, wird eine Verhandlungsgrundlage gefunden werden, sonst nicht. Wir stehen Schulter an Schulter mit unseren Verbündeten.

Abg. Dr. Stresemann (natl.): Eine Auseinandersetzung zwischen den Anhängern des Verständigungsfriedens und des Machtfriedens ist im Gange. Hierin kann man Scheidemann zustimmen, nicht aber seinen Ausführungen über die Lage Englands. Die englische Regierung hütet sich, irgendwelche genaue Angaben über den volkswirtschaftlichen Zustand ihres Landes bekanntzugeben. Englische Zeitungen aber jagen, wie sehr die Lebensmittel geschwunden sind, wie schwer die Versorgung des Volkes geworden ist. Das ist die Wirkung des U-Bootkrieges, den der Abg. Scheidemann nicht hoch genug eingeschätzt hat. Auch die australische Regierung hat anerkannt, daß es nicht gut bestellt ist mit England. Es ist bedauerlich, daß bei uns die leitenden Staatsmänner sich so selten öffentlich zu den Reden feindlicher Staatsmänner äußern. Unser Volk ist fortgesetzt dem Einfluß der Reden dieser Staatsmänner ausgesetzt. Dem muß entgegengetreten werden. Die Abwehr darf nicht allein den Zeitungen überlassen werden. In der Rede Lloyd Georges ist eine Friedensneigung nicht zu sehen. Er erklärte, bis zum Tode an Frankreichs Seite für die Gewinnung Elsaß-Lothringens zu kämpfen. In den 14 Punkten des Wilsonschen Friedensprogramms ist viele Sentimentalität. Die elsaß-lothringische Frage ist für uns un diskutierbar, kann auch nicht auf internationalen Kongressen behandelt werden. Die Integrität der Türkei ist zu wahren. Der Reichskanzler hat gesagt: Wir erstreben keine Annexion Belgiens. Das deckt sich mit dem, was meine Freunde wünschen, wie schon Abg. Bassermann seinerzeit ausgeführt hat. Die slawische Bewegung geht aber auf Selbstständigkeit. Diese Bewegung zu stützen, soll sich die Regierung angelegen sein lassen. Das Verhalten eines Teiles der Presse gegenüber den Verhandlungen in Vrest und ihre Kritiken wegen unserer Unterhandlungen ist unberechtigt und unseren Interessen schädlich. Gegen die Politik des 5. 12. 16 bezüglich Polens haben wir schon früher die ernstlichsten Bedenken geäußert und jede Verantwortung abgelehnt. Die vorgesehene Lösung bringt die Gefahr einer polnischen Irrendenta. Was die Frage des Selbstbestimmungsrechtes anlangt, ist zu bedenken, daß die politische Schulung Litauens nicht vorhanden ist, daß es dort 70 bis 80 Prozent Analphabeten gibt. Die Maßnahmen, die beim Eintritt der Friedensverhandlungen in den östlichen Grenzländern ergriffen werden, müssen genügen für den Ausdruck des Selbstbestimmungsrechtes. Ich kann nicht zugeben, daß militärisch hohe Personen in politischen Dingen nichts zu sagen hätten. Das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn muß aufrecht erhalten werden. Das ist selbstverständlich; es ist aber unangemessen, wenn das offiziöse Fremdenblatt in unsere innerpolitischen Verhältnisse sich einzumischen versucht. Ich hätte auch nicht erwartet, daß im österreichischen Parlament uns gegenüber Ausführungen gemacht wurden, die verlegend waren. Wir alle wollen den Frieden. Wir und unsere Regierung sind nicht schuld, daß er nicht schon längst da ist.

Weiterberatung Freitag vormittag. Als erster Redner wird Staatssekretär v. Kühlmann sprechen. Die Besprechung der politischen Fragen soll nach Mitteilung des Vorsitzenden in dieser Woche beendet werden, dann soll eine längere Pause eintreten, vorbehaltlich der Zustimmung des Reichstagsausschusses.

Hindenburg und Ludendorff in Berlin.

Die Hoffnung, daß die Bolschewiki-Führer aus den Petersburger Vorgängen und aus dem Hiaslo, das sie mit ihrer Agitation gegenüber den Arbeitermassen in Deutschland und Oesterreich-Ungarn erlitten, gelernt haben könnten, erfährt durch ihren jüngsten Versuch, die Friedensvereinbarungen zwischen der Ukraine und den Verbündeten zu verstoßen, eine bedauernde Enttäuschung. Die Bolschewiki-Doktrin erinnert an das alte Volkswort: „Hier hast du einen Pfennig, laß dich kaufen, was du willst; aber laßt dich nicht kaufen, was du nicht willst.“ Den Kandidaten war das freie Selbstbestimmungsrecht mit tönenden Worten eingeräumt worden. Sobald dieses Recht aber in einem anderen als dem der Bolschewiki genehmen Sinne ausgeübt wird, dann wird es mit Häuten niedergegeschlagen. Die Regierung in Kiew wurde nicht anerkannt, sondern von bewaffneten Bolschewiki-Banden angegriffen; die Vrest-Vitowsker Bevollmächtigten der ukrainischen Rada wurden durch Vertrauensmänner der Bolschewiki aus Charkow entfernt. Dr. Möglichkeit, daß die verheißungsvollen Abmachungen mit den Ukrainern von den neuen Männern über den Tausch geworfen werden, ist nicht von der Hand zu weisen. In diesen chaotischen Zuständen gegenüber die Friedensverhandlungen jetzt schon zu einem guten Ende gelangen, ja

ob sie überhaupt werden fortgeführt werden können, bleibt abzuwarten. Solange Trozki in Petersburg festgehalten wird, ruhen sie ohnehin. Unsere Hubericht gerät gleichwohl nicht ins Wanken. Als militärischer Faktor kommt Rußland einstweilen nicht in Betracht. Und dann sind Hindenburg und Ludendorff in Berlin; ihr Rat und dessen Befolgung werden auch das Dunkel lichten, das sich neuerdings über Rußland gebreitet hat.

Graf Czernin in der österreichischen Delegation.

Am selben Tage, wo der deutsche Reichskanzler vor dem Hauptausschuß des Reichstages den deutschen Standpunkt in den Verhandlungen zu Vrest-Vitowsk und gegenüber der Rede Lloyd Georges und der Botschaft Wilsons darlegte, erstattete der Führer der österreichisch-ungarischen Delegation für die Friedensverhandlungen mit Rußland einen ausführlichen Bericht über die Schwierigkeiten, die in Vrest-Vitowsk zu überwinden sind. Die Schwierigkeiten rühren insbesondere daher, daß die Verhältnisse in Rußland noch so ganz ungeklärt sind, daß die Republiken, die einmal als Bundesstaat das Gebiet des alten Rußland ausfüllen werden, unter sich noch nicht abgegrenzt sind. So kommt es, daß bisher nur mit zweien der vier Republiken direkt verhandelt werden kann. Neue Erschwernisse haben sich bei den Verhandlungen mit der Ukraine lagig gemacht. Dadurch ergeben, daß das ukrainische Zentralerekutivkomitee der Arbeiter- und Bauernräte die Zentralrada in Kiew als einseitige Vertretung der bestehenden Klassen nicht anerkennt und sich als Unterabteilung der russischen (Bolschewiki-) Delegation angeschlossen hat. Graf Czernin äußerte aber wiederholt seine Ueberzeugung dahin, daß alle Schwierigkeiten überwunden werden würden; es gehörte nur eiserne Ruhe und Nerven dazu. Der Minister legt wieder mit Nachdruck seinen Standpunkt dar, daß der Frieden ohne Annexionen und Kontributionen abgeschlossen werden sollte, und versicherte die Verbündeten der treuen Waffenbrüderschaft Oesterreich-Ungarns zur Aufrechterhaltung ihres Besitzstandes. Betreffs des Friedensprogramms Wilsons gab der Minister Erklärungen ab, die denen des deutschen Reichskanzlers gleichen. Auch er verbot sich entschieden jede andere Einmischung in Angelegenheiten der Donaumonarchie.

Wien, 24. Jan. In der Debatte, die sich an die Erklärung des Ministers des Auswärtigen angeschlossen, konstatiert der deutsche Delegierte Waldner den tiefen Eindruck der Erklärungen des Ministers. Die Deutschen hätten volles und überzeugendes Vertrauen zum Minister des Auswärtigen. Das gesamte deutsche Volk Oesterreichs erwarte, daß an der Unerschütterlichkeit und Unverbrüchlichkeit der Treupflicht gegen unsere Bundesgenossen festgehalten werde. Der polnische Sozialdemokrat Waszinski sollte volles Lob der Friedenspolitik des Ministers des Auswärtigen, der, wenn er weiterhin so aufrichtig für den Frieden eintrete wie bisher, alle Völker dieses Staates für sich haben werde. Die Angriffe der deutschen Annexionisten auf Czernin bedeuteten das schönste Lob für die vorläufige Politik des Ministers des Auswärtigen. Hinsichtlich der Polenfrage betonte der Redner die Notwendigkeit der Wahl eines konstitutionellen Landtages in Warschau. Rußner verlangte weiter die Zulassung der polnischen Vertreter zu den Vrest-Vitowsker Verhandlungen. Der deutsche Sozialdemokrat Ellenbogen sprach das Vertrauen der Sozialdemokraten zu der Friedenspolitik des Ministers aus und konstatierte mit Befriedigung, daß die heutige Mitteilung des Ministers des Auswärtigen bezüglich der Wilson-Note als dem allgemeinen Frieden entgegenkommend zu betrachten sei; es wäre wünschenswert, wenn der Minister seine Absicht durch eine neutrale Macht Amerika übermittle. Auch Graf Rostiz erkannte das Wirken des Ministers für den Frieden an, das Vertrauen verdiene. Nur der Tscheche Czernsky begründete den Mangel an Vertrauen gegen Czernin mit dessen Haltung in der Tschechenfrage. In ähnlicher Weise äußerte sich auch der Südslaw Karojec, der gleichfalls unter Hinweis auf die Südslawenfrage wünschte, daß sich alle Verbündeten für einen annektionslosen Frieden aussprechen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Vrest-Vitowsker Verhandlungen anerkennen, damit ein Separatfrieden mit Rußland zustande kommt als erster Schritt zum allgemeinen Frieden.

Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Wien, 24. Jan. Die Rede des Grafen Czernin im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten der österreichischen Delegation wurde wiederholt von Beifall unterbrochen und am Schluß mit lang andauerndem lebhaften Beifall aufgenommen.

Konferenz beim Reichskanzler.

Berlin, 24. Jan. Beim Reichskanzler fand gestern abend eine Konferenz statt, an der auch Hindenburg und Ludendorff teilnahmen.

Was wird aus Rußland?

Der Zerlegungsprozeß des russischen Reiches macht unter dem Willkür-Regiment der Bolschewiki rasche Fortschritte. Die Hoffnung, daß die konstituierende Versammlung eine Befestigung der inneren Verhältnisse des Landes herbeiführen würde, ist an der Tyrannei der Trozki und Genossen in ihrem Entstehen zu scheitern gekommen. Druck erzeugt Gegendruck, und da die Bolschewiki, wie das Er-

gebnis der Präsidentenwahl in der Konstituante zeigte, nicht die Mehrheit, sondern nur eine Minderheit im russischen Volk darstellen, so erscheint ihre Stellung ohne weiteres aufs äußerste bedroht. Das kriegsmüde und nach Ruhe und Frieden verlangende russische Volk macht unter Umständen mit den gegenwärtigen Nachhabern kurzen Prozeß, ihm gerade das Gegenteil dessen gebracht haben, was es herbeisehnt. Nord und Süd schlag regieren in Petersburg und anderen russischen Städten. Die feige Ermordung beider früheren, der Kadettenpartei angehörigen Minister Tschengarew und Kolojschkin, die krank im Marinehospital lagen und dort nachts in ihren Betten von zwölf Matrosen und roten Gardisten erschossen wurden, hat einen Schauder des Entsetzens in ganz Rußland erweckt und damit die Ministerpräsidenten Lenin veranlaßt, den strengen Befehl zur schleunigen Ergreifung der Mörder zu erteilen.

Quertreibereien schlimmster Art sind es, die sich der Gruppe Lenin-Trozki zuschulden kommen läßt, unbekümmert um die Folgen, die sie damit heraufbeschwört. Daß dieser Gruppe in Vrest-Vitowsk weniger auf die Herbeiführung des Friedens als auf die Verbreitung ihres verfallenen politischen Programms ankam, ist längst durchsichtig geworden. Es ist tief bedauerlich, daß die Agitation der Bolschewiki, die sich vornehmlich einseitiger und falscher Richterhaltung über die Friedensverhandlungen von Vrest-Vitowsk, das ist Vrest-Vitowsk, bediente, in Oesterreich-Ungarn zum Ausbruch des mehrtägigen Streiks beitrug. Ging der Streik auch ohne ernstliche Ausschreitungen aus, so hat er doch wirtschaftliche Schäden im Gefolge gehabt und ganz besonders im Hinblick auf das feindliche Ausland peinlich berührt. Die Herren Bolschewiki haben aber bald erkennen müssen, daß der Boden der habsburgischen Monarchie kein Ackerland für ihre zügellosen Theorien ist. Sobald die Arbeiterchaft über den wirklichen Gang der Dinge genügend aufgeklärt war, kehrte sie zur Arbeit zurück. Auf einen Erfolg bei der deutschen Arbeiterchaft haben Trozki und Genossen anheimelnd von vornherein wenig gerechnet; jeder praktische Versuch würde sie auch gelehrt haben, daß sie hier auf Granit stoßen. Abgesehen von kleinen und einflusslosen Gruppe der Unabhängigen, hat die deutsche Sozialdemokratie fest und treu auf dem linken Standpunkt und ist heute noch ebenso fest wie in den Augusttagen des Jahres 1914 entschlossen, unser Verteidigungskrieg bis zum guten Ende durchzuführen und dem Deutschen Reich und Volke kein Haar krümmen lassen.

Frankreich.

Das Schriftstück Caillaux.

Genf, 23. Jan. Telegraphen-Union. Der Matin in die Centre veröffentlicht einen Teil des in Florenz aufgefundenen „Rubicon“ genannten neuen Regierungsprogramms Caillaux. Das Schriftstück enthält Ministerliche sowie Verfassungsänderungen. Die Veröffentlichung bröchen an dem Punkte ab, wo Anklagen gegen die Kriegsausbruch schuldigen französischen Politiker geäußert werden.

Aufstände.

Vern, 23. Jan. Vorige Woche sind in Lyon und Etienne revolutionäre Aufstände ausgebrochen. Sie hatten ihren Ursprung in Arbeiterausständen, nahmen aber einen politischen Charakter an. Die Streikenden zogen die Straßen und verlangten den Frieden. In Lyon kam zu blutigen Zusammenstößen. In St. Etienne plünderte die Bevölkerung die Läden und die Villen. Am Freitag es zu Barrikadenkämpfen.

Russische Sklaven für Frankreich.

Von der französischen Grenze, 23. Jan. Frankreich hat bekanntlich von dem Jarenregiment erhalten es einige gehnntausend russischer Soldaten als Kanonfutter für Frankreich an die französische Westfront ab. Nach dem Ausbruch der russischen Revolution hat es diesen Truppen nicht mehr gepaßt, ihr Blut für die französischen Ziele zu vergießen. Es kam dann unter Wiederholung zu Reutereien, die von französischen Regimenter blutig unterdrückt wurden. Nun fordert der radikal Abgeordnete Labrousse in der Chambre, daß jene Soldaten, die ihren Wert als Kampfsoldaten verloren hätten, als beurlaubte für Frankreich weiterverwoben, um dadurch durch die Erklärung des russischen Staatsbankrotts zu formen russischen Milliarden zurückzubekommen zu helfen. Der Abgeordnete schreibt: Wir würden nicht begreifen, wir in ebendergleichen Stunde, wo wir von den Russen gehnntausend zu unterhalten. Wir zweifeln nicht, daß französische Regierung von den in Frankreich anwesenden russischen Truppen fordert, daß sie durch ihre Arbeit Auslagen bezahlen, die sie verursachen. Frankreich ist ein Ackerbauvolk, das noch ein Heer für Schmarotzer. Hierzu bemerkt die Köln. Ztg.: Man kann dem Abgeordneten erwidern, daß Frankreich, wenn es die russischen Truppen, die es selbst gefordert hat, nicht weiter unterhalten will, sie ja einfach heimzuschicken kann, anstatt sie Arbeitssträflinge zu verwenden.

Marinerot der Alliierten.

Wien, 21. Jan. Die Pariser Presse meldet, daß der Oberbefehlshaber der italienischen Marine, Admiralstabschef Thaon de Revel in Paris eingetroffen ist. Er hatte gestern mit dem Marineminister Delage längere Besprechungen, besonders über Zusammenarbeit der

Das konzentrierte Licht

Osram-Azo

Gasgefüllt - bis 2000 Watt

Neue Typen

Osram-Azola

Gasgefüllte Lampen 25 und 60 Watt

Nur das auf dem Glasballon eingestülzte Wort OSRAM bürgt für das Fabrikat der Auer-Gesellschaft, Berlin OTT - Überall erhältlich

zischen Marine mit der französischen Marine bezüglich Bekämpfung des Unterseebootkrieges sowie über die Art des gemeinsamen Marineausflusses der Alliierten, demnächst in London zusammentreten soll.

WTB. Paris, 23. Jan. Meldung der Agence Havas. Camps meldet, Orlando werde nur kurzen Aufenthalt in Paris nehmen und dann mit Thon de Mel und Alfieri sich unverzüglich nach London begeben, um an den nächsten Beratungen des Marinates der Alliierten über den Schiffsverkehr teilnehmen zu können.

Der Speisegettel in Amerika wird magerer.

Amsterdam, 24. Jan. Der Leiter des amerikanischen Lebensmittelamtes wendet sich in einem Aufruf an alle Hausfrauen des Landes mit der Bitte, einen Tag in der Woche kein Fleisch zu essen, zwei Tage in der Woche keine Milch und abermals zwei Tage keinen Speck (oder Schweinefleisch) zu genießen.

Feldmarschallleutnant von Höfer†

WM. Wien, 23. Jan. Nach einer kaum 2 Stunden währenden Krankheit ist der ehemalige Stellvertreter des österreichisch-ungarischen Generalstabes, Sektionschef im Kriegsministerium, Feldmarschallleutnant Franz Höfer, im Alter von 57 Jahren gestorben.

Der U-Boot-Krieg.

WTB. Berlin, 24. Jan. (Amtlich.) Sechs Dampfer und ein Wachfahrzeug wurden gestern von unseren U-Booten versenkt. Vier Dampfer wurden dicht unter der englischen Oberfläche, wo die Beobachtung besonders stark ist, abgeschossen, einer von ihnen aus einem durch viele Geschosse und Fischdampfer geschützten großen Beletzung.

Die Veräckerung der Eisenbahnbetriebsmittel.

Die außerordentliche Beschaffung von Fahrzeugen für die bestehenden Staatsbahnen ist im nächsten Eisenbahnleihenbegehr in annähernd denselben Stückzahlen wie im Jahre 1917 vorgesehen. Im Eisenbahnleihenbegehr 1917 sind die Mittel bewilligt zur Beschaffung von 1300 Lokomotiven, 1400 Personenzugwagen, 32474 Gepäck- und Güterwagen. Die Gesamtausgaben für Fahrzeugbeschaffung betragen für das laufende Rechnungsjahr rund 190 Mill. Mk.; sie dürften für 1918, da mit einer weiteren starken Steigerung sämtlicher Beschaffungskosten gerechnet werden muß, eine sehr erhebliche Zunahme erfahren. Im Ordinalplan des Eisenbahnhaushalts 1918 sind für die Beschaffung ganzer Fahrzeuge 150 Mill. Mk. vorgesehen. Es sollen davon beschafft werden 550 Lokomotiven, 750 Personenzugwagen, 6300 Gepäck- und Güterwagen. Insgesamt sollen im Rechnungsjahr 1918 1850 Lokomotiven, 1800 Personenzugwagen, 490 Gepäckwagen, und über 35 000 Güterwagen neu beschafft werden.

Die erste Auslosung der viereinhalbprozentigen Schatzanweisungen.

Am 24. Januar hat zum ersten Male eine Auslosung der mit der sechsten Kriegsanleihe neu geschaffenen viereinhalbprozentigen Deutschen Reichsschatzanweisungen stattgefunden. Es wurden folgende Gruppen zur Rückzahlung auf den 1. Juli 1918 durch das Los bestimmt:

Nummer 134, 287, 449 und 749.

Die Eigentümer der gezogenen Gruppen werden das Resultat mit nicht geringer Freude begrüßen; denn ihre im Frühjahr 1917 zum Preise von 98 vom Hundert bei der Zeichnung erworbenen Schatzanweisungen werden zum Nennwert zuzüglich eines Aufschlages von 10 Prozent am 1. Juli 1918 zurückgezahlt. In einem Zeitraum von noch nicht einem Jahre haben sie mithin außer der hohen Verzinsung einen Gewinn von 12 Prozent erlangt, oder, um die Rechnung noch deutlicher zu machen: Der Zeichnungspreis betrug für je 1000 Mark Schatzanweisungen ohne Berücksichtigung der Zinsen 980 Mark, der Rückzahlungsbetrag beläuft sich auf 1100 Mark, der Gewinn mithin auf 120 Mark. Derartige Auslosungen werden in jedem Jahre zweimal vorgenommen, die nächste im Juli. Die dann stattfindende Ziehung wird indes nicht nur einen Teil der Eigentümer der mit der sechsten Kriegsanleihe ausgegebenen Reichsschatzanweisungen zu glücklichen Gewinnern machen, sondern auch einen Teil der mit der siebenten Kriegsanleihe herausgegebenen Schatzanweisungen. Die Schatzanweisungen der siebenten Kriegsanleihe sollen denen der sechsten völlig gleichwertig sein. Aus diesem Grunde ist bereits bei der Ausgabe der Schatzanweisungen der siebenten Kriegsanleihe bestimmt worden, daß ihre Auslosung nach demselben Plane erfolgt, wie die der sechsten Anleihe, und daß die nach diesem Plane auf die Auslosung im Januar 1918 entfallende Zahl von Gruppen der siebenten Anleihe im Juli 1918 mit ausgelost wird. Es findet mithin zu dem erwähnten Zeitpunkt erstmals eine weitere Auslosung der Schatzanweisungen der sechsten Kriegsanleihe statt und ferner eine zweite Auslosung von Schatzanweisungen der siebenten Kriegsanleihe. Der hiermit winkende große Nutzen und die günstigen Aussichten, welche die dann von Halbjahr zu Halbjahr vorgesehenen Auslosungen bieten, dürften die Nachfrage für die bislang abgegebenen Schatzanweisungen steigern und, falls auch mit der achten Kriegsanleihe Schatzanweisungen ausgegeben werden, das Zeichnungsergebnis auf diese erhöhen.

Wenn man die Frage aufwirft, was werden die Eigentümer der im Juli zur Rückzahlung gelangenden Schatzanweisungen mit dem dann frei werdenden Gelde beginnen, so ist die Antwort leicht zu finden: Wer einmal den Auslosungserfolg sichergestellt hat, der wird sich sagen, ich kann für mein Geld keine bessere Anlage finden, als von neuem Schatzanweisungen zu erwerben. So betrachtet, vermindert

sich auf der einen Seite von Halbjahr zu Halbjahr durch die Auslosungen das Material an Schatzanweisungen jeder einzelnen Kriegsanleihe, während gleichzeitig immer von neuem eine Käufersehnsucht sich bildet, wodurch ein Wall gegen Rückgänge der Schatzanweisungen und ein Anreiz zu Kurssteigerungen entsteht. Wer jetzt bereits Geld flüssig hat, wird es am zweckmäßigsten bei einer vertrauenswürdigen Bank einzahlen mit der Bestimmung, daß das Geld zur Beteiligung an der achten Kriegsanleihe verwendet wird und, falls die achte Kriegsanleihe wieder Schatzanweisungen bringt, zu Zeichnungen auf diese. Dabei darf noch daran erinnert werden, daß in späteren Jahren der Aufschlag bei der Auslosung der Schatzanweisungen nach dem früher bekannt gegebenen Tilgungsplan auf 15 und 20 Prozent steigen kann, die Rückzahlung mithin gegebenenfalls mit 115 und 120 Prozent erfolgt.

Julius Bachem†

Wieder hat der Tod einen unserer bekanntesten Politiker, den Zentrumsvertreter Justizrat Dr. Julius Bachem, dahingerafft. Er ist in Köln nach langen schweren Leiden im Alter von 72 Jahren gestorben. Der Verstorbene war von 1869 bis 1915 Mitglied der Redaktion der Kölnischen Volkszeitung. Dem preussischen Abgeordnetenhaus gehörte er von 1876 bis 1890 und dem Kölner Stadtrat von 1875 bis 1890 an. Seit der Gründung der Görres-Gesellschaft gehörte er dem Verwaltungsrat dieser Gesellschaft an. Seine Hauptarbeit war die Umarbeitung des fünfbandigen Staatslexikons.

Kriegs- und Volkswirtschaftliches.

Kräftige Offenheit gegen den unfaulteren Charakter im Geschäftsverkehr mit Ersatzmitteln wird jetzt von vielen Seiten gefordert. Der Gebulshaden des Publikums ist in dieser Beziehung schon sehr dünn geworden, doch konnte gerade von Seiten der Käufer her schon längst etwas geschehen. Vieles sich diese nicht so lange nachführen, dann hätten die Schwindelfabrikanten längst ihr Gewerbe ändern müssen. Ohne ein solches energisches Aufraffen des Publikums ist schlechterdings kein voller Erfolg zu erzielen, die behördlichen Maßnahmen machen es nicht allein. Um so kräftiger die Käufer sich regen, um so bestimmter werden auch die Verwaltung und die Justiz den Schwindel antworten können. Von der Verwaltung wird die Regelung des ganzen Lebensmittelerzeugungsverkehrs gewünscht und von den Gerichtshöfen die unausweichliche Bestrafung. Am einfachsten wäre es ja, alles und jedes Ersatzmittel verbieten zu lassen, das seinem Zweck nicht entspricht und im Preise der Solidität ein Schnippen schlägt. Daß für den Schwindel die Maschen der Strafbestimmungen gar nicht eng genug gezogen werden können, ist bekannt.

Derbe Stiefelsohlen und nerbige Ohren. Auf Solonfähigkeit und Eleganz können die Stiefelsohlen von heute in der Regel keinen Anspruch erheben, aber für gewöhnlich ist jeder froh, daß er heiles Schuhzeug gegen Schnee- und Regenmassen hat. Indessen selbst in solcher enger Zeit fehlt die Kritik nicht, und das sind großstädtische Stimmen, die die derbsten und klobigen Stiefelsohlen für die Bewohner des Landes für gut genug erachten, für sich dagegen Vorzugsohlen reklamieren, die den Ohren nicht so weh mit dem Geklapper tun. Wenn wir um weiter nichts zu sorgen hätten, als um nerbige Ohren, dann wären wir schon heraus. Wer das Geklapper der Holzsohlen nicht hören kann, muß als Schipper in der Front sich die Nerven abgewöhnen.

Vom Büchertisch.

(1) „Die Aussichten unseres U-Boot-Krieges“ betitelt sich eine bedeutsame Arbeit, die mit Erlaubnis des Admiralsstabes der Marine Unteroffizier Paul (Bremerhaven) im Heft 9 der „Norddeutschen Monatshefte“ (Einzelpreis 70 Pfennig — Drei Türme Verlag, G. m. b. H., Hamburg 6) veröffentlicht. Der Aufsatz ist aus sehr eingehenden und umfangreichen Studien hervorgegangen. Er bringt vieles Neue und ist ein froher Ausblick, spricht er doch von dem Erfolg der Waffe, die England niederringen muß und wird. Das Heft erscheint Ende Januar.

Die Kriegsziele Belgiens.

WTB. Le Havre, 24. Jan. Der König von Belgien richtete am 24. Dezember 1917 an den Papst eine Antwort auf dessen Botschaft über den Frieden vom 1. August 1917. In dem Schreiben, dessen Vortext erst jetzt veröffentlicht wird, stellt der König folgende Kriegsziele Belgiens auf: „Vollige Genugtuungen, Sicherheit, Garantien für die Zukunft, Unversehrtheit des mütterlichen und kolonialen belgischen Gebietes und seines politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einflusses ohne Bedingungen und ohne Beschränkungen, und Genugtuungen für die erlittenen Schäden und Garantien gegen die Wiederholung des Angriffs von 1914.“

Ausweisung deutscher Missionare.

WTB. Basel, 23. Jan. Die schon lange beschränkte Ausweisung deutscher Missionare von der englischen Goldküste hat begonnen, am 11. Januar trafen 27 Frauen und 27 Kinder von der Baseler Mission aus Accra in London ein. Ihre Männer wurden von ihnen getrennt und auf anderen Dampfern untergebracht, die noch nicht angekommen sind. Die seit 1827 an der Goldküste, dem „Friedhof“ Westafrikas, tätige Baseler Mission unterhielt dort im Januar 1917 auf 11 Haupt- und 185 Nebenstationen einen Arbeiterstab von 98 Europäern und 266 Eingeborenen und hatte 27 338 Christen und 9683 Schüler gesammelt. Die Goldküste verdankt ihren kulturellen Aufschwung nicht zum wenigsten der Baseler Mission. Aber England kennt in seinem Vernichtungswillen gegen deutsche Arbeit keine Rücksichten.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

WTB. Berlin, 25. Jan. Der Reichstagsrat des Reichstages trat heute nachmittag zu einer Besprechung der Geschäftsliste zusammen. Es erfolgte eine Einigung dahin, daß der Hauptausschuß morgen Samstag die Beratungen über die politischen Fragen zu Ende führen, die Vollversammlung am 19. Februar einberufen werden und in der Blühzeit der Hauptausschuß nach Bedarf zusammentreten soll.

Telephonische Nachrichten.

Die Lage in Rußland.

WM. Berlin, 26. Jan. Der Verl. Lokalanz. berichtet aus Stockholm: Aus Helsingfors wird gemeldet, daß nach Petersburger Gerüchten drei Garderegimenter sich auf die Seite der konstituierenden Versammlung stellten und den Kampf mit den Bolschewikern aufnahmen.

WTB. Petersburg, 25. Jan. Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Der Rat der Bolschewikern hat die Beschlagnahme einer Kerenst gehörigen, bei der Staatsbank niedergelegten Summe und einer weiteren bei der Nationalen Handelsbank hinterlegten Summe, insgesamt von 1 474 734 Rubel, angeordnet.

Balten beim Kaiser.

WTB. Berlin, 25. Jan. Der Kaiser hörte gestern den Generalstabsvortrag und empfing eine Abordnung der Baltischen im Beisein des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes und nahm die Meldung des Generalleutnants Nicht-hofen, stellvertretenden kommandierenden Generals des Gardeforps, entgegen. Alle genannten Herren sowie der Landesminister Graf v. Eulenburg waren zu der Frühstückstafel geladen.

Die Reichstagserversammlung in Baugen-Ramenz.

WTB. Baugen, 25. Jan. Bei der heutigen Reichstagserversammlung im Wahlkreis Baugen-Ramenz erhielten Justizrat Dr. Hermann (konj.) 8763 Stimmen und Uhlig (Erg.) 9861 Stimmen. Uhlig ist somit gewählt.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Sanitätsrat Dr. Werner. Gestern vormittag traf hier die Nachricht ein, daß Sanitätsrat Dr. Christian Werner in Siegen, wohin er sich zur Gallensteinoperation begeben hatte, verstorben ist. Der Verbliebene entstammte einer alten Emser Familie, er wurde 1862 als Sohn des Bauunternehmers Carl Werner geboren. Jedermann, ob reich, ob arm, schätzte ihn als biederen ehrenwerten Charakter; als Arzt — er eröffnete seine Praxis in Ems 1892 — war er bei den Mitbürgern, den Kurgästen und seinen Kollegen beliebt und geachtet. Im Dienste der Stadt betätigte er sich auch als Stadtverordneter, bis die Ueberhäufung mit den Geschäften als Militärarzt, die ihn auch eine Zeitlang von Ems fortführten, ihn hinderte, an den Beratungen teilzunehmen. Sein Hinscheiden erweckt allgemeine Teilnahme, sein Andenken wird stets in Ehren gehalten werden.

Die Kaiser Geburtstagsspende wird in unserer Stadt am Sonntag durch Soldaten der hiesigen Bataillon gesammelt werden. Ihnen, die für ihre Kameraden draußen bitten, sollten sich Herz und Hand öffnen. Außerdem werden Gaben in der Geschäftsstelle der Emser Zeitung entgegengenommen.

Landwirtschaftliche Versammlung. Die Reichs-Landwirtschaftsversammlung Frankfurt a. M. hatte zu gestern nachmittag die Vertreter der ihr angeschlossenen Genossenschaften unserer Umgegend zu einer Besprechung eingeladen, um mit ihnen die Versorgung mit Saatgut und Düngemitteln zu regeln. Es ist eigentlich sonderbar, daß die hiesigen Landwirte sich von dieser Organisation, die sich bereits als eine gute Stütze der Landwirtschaft in allen Teilen des Reiches erwiesen hat, noch fernhalten.

Lichtbildervorträge. Am nächsten Mittwoch, den 30. ds. Mts., wird der Rhein-Mainische Verband für Lichtbildervorträge im großen Saale des Centralhotels eine Lichtbildervorführung von Märchen, die in erster Linie für Kinder beachtenswert ist, und einen Lichtbildervortrag des Missionars Gsell „10 Jahre in Westafrika“ veranstalten. Das Nähere über die Zeit u. dergl. wird noch durch eine Anzeige in unserem Blatt bekannt gegeben werden. Der Reinertrag der Veranstaltungen soll unserem Vaterländischen Frauenverein zugute kommen.

Das Hohenstaufen-Kino bringt dieses Mal ein sehr abwechslungsreiches Programm: einen militär-antiken Film von den furchtbaren Kämpfen an der Aisne, ein dreifärbiges Schauspiel und zwei heitere Filmmärchen.

Sitzung der Stadtverordneten zu Bad Ems am 24. Januar 1918.

Die Sitzung war außerordentlich gut besucht. Der Magistrat war vertreten durch Bürgermeister Dr. Schuler, Abgeordnete Balzer und Geh. Rat. Dr. Vogler.

1. Als neues Mitglied wurde der am 10. Dezember gewählte Vertreter der ersten Klasse Dr. Trost vom Vorsitzenden eingeführt.

2. Die Verhandlungen wegen des Buischischen Geländes schweben bekanntlich bereits eine Reihe von Jahren. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich im vergangenen Jahre auch wieder damit beschäftigt und den Magistrat ersucht, die Verhandlungen aufrecht zu erhalten, eine endgültige Beschlussfassung aber bis zu einem späteren Termin verschoben. Der Magistrat teilte nun mit, daß die Buischischen Erben der Stadt ein notarielles Angebot für 106 000 Mark gemacht haben, daß sie ferner der Stadt das Recht zugestanden haben, das Gelände geteilt oder im ganzen weiter zu verkaufen. Es sind inzwischen

10 Uhr: Hochamt.
2 Uhr: Andacht.